



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ
LES HÔPITAUX DE SUISSE
GLI OSPEDALI SVIZZERI

Bern, 6. Mai 2009

MEDIENMITTEILUNG

Bundesrätliche Vorschläge zum KVG nicht überzeugend

Die vorgeschlagenen Massnahmen des Bundesrates zur Bekämpfung der Prämiensteigerung in der Krankenversicherung sind für H+ nicht überzeugend. Sie werden keine kurzfristige Wirkung für nächstes Jahr entwickeln. Sicher ist: sie blähen die administrativen Kosten auf und führen zu mehr staatlichen Eingriffen.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung des 6. Mai 2009 ein Paket von Massnahmen zur Bekämpfung der Prämiensteigerung in der Krankenversicherung verabschiedet. Inhaltlich will sich der Bundesrat erstens die Kompetenz für hoheitliche Tarifsenkungen im ambulanten Medizinaltarif TARMED geben. Zweitens will er die Kantone verpflichten, ambulante Behandlungen in Spitälern zu planen. Drittens will er für alle ambulanten Behandlungen, ob beim Hausarzt oder in der Klinik, eine Behandlungsgebühr von CHF 30.- pro Konsultation erheben. Weiter sollen die Versicherer zwingend Gratistelefondienste anbieten, um die Versicherten vor allfälligen Konsultationen medizinisch zu beraten. Schliesslich werden die Krankenversicherer verpflichtet, mehr Informationen an den Bundesrat zu liefern.

Mehr Administrationskosten und mehr Staat

Alle vorgeschlagenen Massnahmen werden die administrativen Aufwendungen bei den Leistungserbringern und Versicherern erheblich aufblähen oder zu mehr staatlichen Eingriffen führen. Ihre Wirkung auf die Prämien und die Gesundheitskosten ist hingegen höchst zweifelhaft. Bei der Behandlungsgebühr gibt es negative Erfahrungen in Deutschland und Österreich, die keineswegs ermutigend sind: mehr Verwaltungskosten – keine Wirkung.

Die kantonale Planung ambulanter Behandlungen in Spitälern und die bundesrätliche Kompetenz für die Senkung von vertraglich vereinbarten Tarifen bedeuten Rechtsunsicherheit und staatliche Eingriffe. Medizinischer Fortschritt und die neuen Fallpauschalen sollen ambulante Leistungen bewusst fördern und nicht behindern. Nach welchen Kriterien werden folglich die Kantone ambulante Leistungen planen? Wozu partnerschaftliche Tarifverhandlungen, wenn letztlich der Bundesrat die Tarife festsetzt? Der vorgeschlagene Telefondienst für die Vermeidung unnötiger Konsultationen ist hingegen prüfenswert.

H+: Heutige Fehlanreize entfernen

H+ schlägt erneut vor, die heute bestehenden Fehlanreize zu entfernen, um effizientere Behandlungen anzubieten. Ambulante und stationäre Leistungen müssen gleich bezahlt sein und der Risikoausgleich unter den Versicherern massiv verbessert werden. Dadurch stärkt man erfolgreiche Managed Care Modelle und kostengünstige Zusammenarbeitsformen zwischen Hausärzten und Spitälern, z.B. in der Notfallversorgung.

H+ Die Spitäler der Schweiz ist der nationale Verband der öffentlichen und privaten schweizerischen Spitäler, Kliniken und Institutionen der Langzeitpflege. Ihm sind rund 370 Spitäler, Kliniken und Pflegeheime als Aktivmitglieder sowie über 200 Verbände, Behörden, Institutionen, Firmen und Einzelpersonen als Partnerschaftsmitglieder angeschlossen. H+ repräsentiert Gesundheitsinstitutionen mit rund 177'100 Arbeitsstellen.

Weitere Informationen:

H+ Die Spitäler der Schweiz
Charles Favre, Präsident
Handy: 079 621 08 93
E-Mail: charles.favre@parl.ch

Weitere Informationen:

H+ Die Spitäler der Schweiz
Bernhard Wegmüller, Direktor
Tel. G: 031 335 11 00, Handy: 079 635 87 22
E-Mail: bernhard.wegmueller@hplus.ch